

# **Verantwortung für die Welt von morgen**

**Eine moderne Außenpolitik für ein neues Zeitalter**

# Außenpolitik mit Weitblick – das wollen wir:

## ▪ **Definition strategischer Leitlinien und nationaler Interessen**

- Frieden, Freiheit und Fortschritt in Europa und - sofern möglich – weltweit
- Verrechtlichung der internationalen Politik und Fortentwicklung des Völkerrechts
- Einsatz für Menschenrechte, Demokratie und Good Governance
- Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen
- Kooperation in UNO, NATO und EU sowie mit unseren Partnern
- Wiederbelebung und Fortentwicklung der transatlantischen Partnerschaft
- Stärkung der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik
- Förderung und Weiterentwicklung des Freihandels
- Berücksichtigung deutscher Wirtschaftsinteressen

## ▪ **Stärkung der Instrumente der deutschen Außenpolitik**

- Bessere Ausstattung der Bundeswehr gemäß der neuen sicherheitspolitischen Anforderungen
- International wettbewerbsfähige Ausgestaltung des Auswärtigen Dienstes
- Zielgerichtete und klar konditionierte Entwicklungspolitik als effektive Hilfe zur Selbsthilfe

## ▪ **Sicherheitspolitik mit Weitblick**

- Kein Ausschluss von Gewalt als Ultima Ratio, um große Gefahren – auch vorbeugend – von Deutschland, Europa und den NATO-Bündnispartnern abzuwehren
- Definition der Einsatzziele vor Auslandseinsätzen der Bundeswehr und frühzeitige Vorlage von Konzepten für das Einsatzland sowie von Exit-Strategien
- Internationale Bekämpfung der Organisierten Kriminalität
- Präventives, auch nicht-militärisches Engagement gegen künftige Krisen

## ▪ **Reform der Vereinten Nationen**

*Wir treten für eine an strategischen Leitlinien und nationalen Interessen ausgerichtete deutsche Außenpolitik ein, die in einem starken europäischen Rahmen und in einer engen transatlantischen Partnerschaft Probleme mit Weitblick löst und sich Herausforderungen stellt, bevor sie entstehen, und die damit ihre Verantwortung für die Welt von morgen wahrnimmt.*

43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93

Unsere Welt steckt im Umbruch. Das Ende des Kalten Krieges, der Fall der Berliner Mauer, die blutigen Bürgerkriege auf dem Balkan und die neue Dimension des internationalen Terrorismus haben uns vor Augen geführt, dass wir weit entfernt vom „Ende der Geschichte“ sind, wie es in der vergangenen Dekade oft proklamiert wurde. Zugleich haben diese Ereignisse der Außenpolitik eine neue Bedeutung gegeben. Außenpolitik ist die Innenpolitik einer globalisierten Welt. Krieg, Terrorismus, Armut, Nord-Süd-Gefälle, Umweltprobleme und Menschenrechtsverletzungen sind nur wenige der großen Herausforderungen, die eine moderne Außenpolitik in diesem neuen Zeitalter lösen muss. Dafür brauchen wir den Mut zu großen Lösungen. Die Junge Union Bayern legt mit diesem Papier Vorschläge vor, die langfristig wichtige Lösungsansätze für die bestehenden Schwierigkeiten sein können.

## **Herausforderungen für die deutsche Außenpolitik**

Eine moderne Außenpolitik muss vor dem Hintergrund globaler Chancen und Risiken konzipiert werden. Wir stehen vor großen Herausforderungen. Gerade auf Deutschland als größtem europäischen Land, als globaler Wirtschaftsmacht und als bedeutendem Bündnispartner haben die Entwicklungen hin zum Global Village immense Auswirkungen. Unserer Verantwortung in Europa und der Welt können wir nur gerecht werden, wenn wir heute schon Antworten auf die Megatrends der Zukunft finden.

### **▪ Ressourcen und Bevölkerungsentwicklung**

Ein nach wie vor drängendes Problem ist die ungleiche Verteilung von Ernährung und Energie. Energieknappheit kann insbesondere bei Unterbrechung der Lieferungen ein gewaltiges Konfliktpotenzial beinhalten.

Spätestens seit der UN-Klimaschutzkonferenz 1992 in Rio sind wir uns der Brisanz der Themen Klimaveränderung und Umweltschutz im allgemeinen bewusst. Die folgenden Konferenzen in Kyoto und Bonn mit ihren zweifelhaften Kompromissen lassen weiteren Handlungsbedarf erkennen. Zudem ist die Umsetzung bisher mangelhaft.

In Zukunft werden Kriege um die knappe Ressource Wasser häufiger werden. Wasserknappheit ist schon heute eine ernstzunehmende Konfliktursache in vielen Regionen der Welt. Schätzungsweise werden im Jahr 2015 ca. 3 Millionen Menschen direkt von akutem Wassermangel betroffen sein. Landknappheit stellt ein weiteres Problem dar. Ursachen hierfür sind unter anderem Landversiegelung, Versteppung und Überflutung.

Die sich aus Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch ergebenden Konfliktpotenziale werden sich zudem verschärfen, da in vielen Fällen Entwicklungsländer die umweltpolitischen Fehler der Industrienationen wiederholen.

Die AIDS-Problematik wird in Afrika und Asien weiterhin ernst bleiben. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich auch in China, Indien und insbesondere in Russland eine AIDS-Epidemie bisher ungekannten Ausmaßes entwickeln wird. Bis 2025 werden Prognosen zufolge in diesen Ländern zwischen 43 und 155 Millionen Men-

94 schen an AIDS sterben (im Vergleich zu 25 Millionen weltweit in den letzten 20  
95 Jahren). Gleichzeitig ist das Auftreten neuer Seuchen nicht auszuschließen.

96  
97 Bis 2015 wird die Weltbevölkerung von heute rund 6,1 Milliarden Menschen auf  
98 schätzungsweise 7,2 Milliarden steigen. Dazu trägt insbesondere auch die stei-  
99 gende Lebenserwartung bei. Dies hat gewaltige Folgen für den Ressourcen-  
100 verbrauch. Der Großteil des Bevölkerungswachstums findet in den Entwicklungs-  
101 und Schwellenländern statt. Probleme wie Wohlstandsgefälle, Rohstoffknappheit,  
102 Naturkatastrophen, Krankheiten und Seuchen werden daraus einen verstärkten  
103 Migrationsdruck entstehen lassen. Dabei besteht auch das Problem, dass leis-  
104 tungsfähige Eliten zum Nachteil der betroffenen Entwicklungsländer abwandern.

105  
106 Der Trend zu Megacities in den Entwicklungsländern wird sich fortsetzen und zu  
107 einer weiteren Zuspitzung bestehender Infrastrukturprobleme und zu einer ver-  
108 stärkten Slumbildung führen.

109  
110 Dagegen wirkt sich die demographische Entwicklung in den Industrienationen  
111 massiv auf die in vielen Fällen als „Generationenvertrag“ konzipierten Systeme  
112 der Alterssicherung aus; über eine Gefährdung der wirtschaftlichen Dynamik be-  
113 steht auch hier im Hinblick auf die internationalen Beziehungen Handlungsbe-  
114 darf. Durch die ungleichen Wachstumsraten in Industrie- und Entwicklungslän-  
115 dern könnten sich gravierende Auswirkungen auf bestehende internationale Kräf-  
116 teverhältnisse ergeben.

## 117 118 ■ **Globalisierung und Gegenreaktionen**

119  
120 Die Globalisierung beschleunigt durch neue Kommunikations- und Transportmit-  
121 tel das Zusammenrücken von Menschen, Völkern und Kulturen in nie gekanntem  
122 Ausmaß. Zugleich jedoch besteht die Gefahr, dass die kulturellen Identitäten von  
123 Menschengruppen verwischt werden und für viele Menschen eine wesentliche  
124 Identifikationsmöglichkeit wegfällt.

125  
126 Religiöser Fundamentalismus und Fanatismus als Gegentrend zur Globalisierung  
127 zeigen sich auf der ganzen Welt in ihrer grenzenlosen Bedrohlichkeit. Zugleich  
128 lebt nationalistischer und ethnischer Extremismus fort. Der Balkan und weite Tei-  
129 le des afrikanischen Kontinents liefern genügend Beispiele dafür.

130  
131 Ein weiteres Problem stellen das unterschiedliche Verständnis von Menschen-  
132 rechten und die daraus resultierende divergierende Gewichtung und Praktizie-  
133 rung dar. Menschenrechte haben universelle Gültigkeit, werden aber in vielen Ge-  
134 sellschaften als „westlicher Import“ zurückgewiesen und kollektivistischeren Kon-  
135 zeptionen gegenüber gestellt. Zugleich lässt sich ein allmählicher Siegeszug des  
136 westlichen Demokratieverständnisses erkennen. Die Marktwirtschaft nach westli-  
137 chem Vorbild ist praktisch weltweit als überlegenes Wirtschaftssystem akzeptiert.  
138 Aber auch auf die Herausforderungen, insbesondere auf zunehmenden Materia-  
139 lismus und verstärkte Individualisierung, müssen Antworten gefunden werden.

140  
141 Innovationen im wissenschaftlichen und technologischen Bereich, besonders in  
142 der Kommunikationstechnologie, bieten beträchtliche Chancen. Jedoch verstärkt  
143 sich damit auch die Gefahr einer Cyberwarfare-Komponente des internationalen

144 Terrorismus, die auch von kleinen Gruppen und Individuen benutzt werden kann.

145  
146 Die medizinische Forschung einschließlich der Bio- und Gentechnologie eröffnet  
147 einmalige Chancen für die Welt, jedoch müssen dafür weltweit einheitliche ethi-  
148 sche Standards gewährleistet sein.

149  
150 Zugleich kann bei sämtlichen wissenschaftlichen und technologischen Fortschrit-  
151 ten die Entwicklung einer Monopolisierung des Wissens und eines Scientific Divi-  
152 de auftreten. Wissen und Bildung sind existenzielle Wettbewerbsfaktoren in der  
153 Welt von morgen und müssen daher allen Menschen in jedem Land zugänglich  
154 sein, ohne dabei den Anreiz zu weiteren Forschungen und Neuentwicklungen zu  
155 nehmen. Dazu kommt, dass die modernen Transportmittel einen Grad an Mobili-  
156 tät schaffen, der in früheren Zeiten nicht vorstellbar war.

157  
158 Der langfristige Trend zu weltweitem Freihandel und die Möglichkeiten, die die  
159 globale Wissensgesellschaft industriell unterentwickelten Entwicklungs- und  
160 Schwellenländern bietet, können in den betreffenden Ländern kontinuierliches  
161 Wirtschaftswachstum schaffen und den Lebensstandard beachtlich heben. Jedoch  
162 haben uns die letzten Jahre auch die mit einer sich globalisierenden Weltwirt-  
163 schaft verbundenen Risiken aufgezeigt: eine globale Finanzkrise ist möglich, die  
164 internationale Finanzarchitektur ist dagegen in ihrer Reaktionsfähigkeit sehr be-  
165 schränkt.

166  
167 Entscheidend für die langfristige globale wirtschaftliche Entwicklung werden ne-  
168 ben den Wachstumsperspektiven der USA und der EU auch das wirtschaftliche  
169 Potenzial Indiens und Chinas und die Reaktion auf die demographischen Verän-  
170 derungen in Europa und Japan sein.

171  
172 Das Wohlstandsgefälle zwischen Entwicklungsländern und Industrienationen  
173 wird hingegen auf absehbare Zeit weiter bestehen bleiben, die Gefahr einer wei-  
174 teren Ausweitung ist nach wie vor gegeben.

#### 175 176 ■ **Die globale Sicherheitslage**

177  
178 Das Ende des Kalten Krieges hat einen Paradigmenwechsel vom allein zwischen-  
179 staatlichen Kriegsszenario hin zu einer Vielzahl traditioneller und neuer Konflikt-  
180 szenarien mit sich gebracht. Kriege zwischen hoch entwickelten demokratischen  
181 Staaten sind nach wie vor nicht vorstellbar. Eine wesentliche neue Bedrohung ist  
182 die der asymmetrischen Kriegführung, bei der ein Staat von kleineren nichtstaat-  
183 lichen Gruppierungen oder Individuen angegriffen wird. Dazu zählt neben Terro-  
184 rismus auch die Organisierte Kriminalität. Darüber hinaus sind völlig neuartige  
185 Kriegsszenarien wie Cyberwar und Kriegführung aus dem bzw. im Weltraum  
186 („Star Wars“) möglich. Auch aus größeren Entfernungen ist heute durch Langstre-  
187 ckenraketen eine akute Bedrohung denkbar. In diesem Zusammenhang ist auch  
188 ein Wiederaufleben des Staatsterrorismus nicht ausgeschlossen. Ein besonderes  
189 Problem für die internationale Sicherheit stellen Massenvernichtungswaffen dar,  
190 die in der Hand von Schurkenstaaten und Terrororganisationen zur unberechen-  
191 baren Bedrohung werden würden. Hierfür müssen gänzlich neue Abwehrmecha-  
192 nismen und Verteidigungsstrategien entwickelt werden; herkömmliche Instru-  
193 mente sind gegen diese neuen Bedrohungsformen weitgehend machtlos.

194  
195  
196  
197  
198  
199  
200  
201  
202  
203  
204  
205  
206  
207  
208  
209  
210  
211  
212  
213  
214  
215  
216  
217  
218  
219  
220  
221  
222  
223  
224  
225  
226  
227  
228  
229  
230  
231  
232  
233  
234  
235  
236  
237  
238  
239  
240  
241  
242  
243

Seit dem Giftgasanschlag auf die Tokyoter U-Bahn 1995 und den Anthraxanschlägen in den USA 2001 ist klar, dass ABC-Waffen in dieser veränderten Umgebung noch viel gefährlicher sind als je zuvor. Seit dem 11. September 2001 wissen wir, dass sich terroristische Gruppierungen durch vollständige Unberechenbarkeit, Irrationalität und Skrupellosigkeit auszeichnen. Ebenso wird das Problem der organisierten Kriminalität angesichts moderner Informations- und Transportmittel immer drängender. In diesem Zusammenhang ist nicht undenkbar, dass einzelne Täter mit einer rein kriminellen, also ideologiefreien Motivation nach dem „James-Bond-Szenario“ Kriege anzetteln oder allein terroristische Anschläge verüben.

Dennoch werden auch konventionelle bewaffnete Konflikte nicht verschwinden, sondern eher noch gehäuft auftreten, auch im Rahmen innerstaatlicher Konflikte. Der zehnjährige blutige Krieg auf dem Balkan hat die dunkelsten Kapitel europäischer Geschichte in die Gegenwart unseres Kontinents und vor unsere Haustür gebracht und uns die Notwendigkeit eines umfassenden sicherheitspolitischen Konzepts vor Augen geführt. Auf dem afrikanischen Kontinent ist bis auf weiteres keine Besserung der Situation zu erwarten. So genannte Schurken- und Sorgenstaaten werden weiterhin eine bedeutende Sicherheitsbedrohung darstellen. Deutschland und Europa werden von derartigen Konflikten immer stärker direkt berührt sein. Dementsprechend müssen die Kapazitäten für Peacemaking und Peacekeeping strukturiert sein. Die Strategie der Außenpolitik muss sich entsprechend darauf ausrichten.

## **Dimensionen der Weltpolitik**

Fest steht, dass Staaten und Staatengruppen trotz des verstärkten Auftretens nicht-staatlicher Institutionen auch in Zukunft die wichtigsten außenpolitischen Akteure auf der Weltbühne bleiben werden. Jedoch stößt der Nationalstaat in seiner bisherigen Form weltpolitisch an seine Grenzen. Die in der Analyse hervortretenden Megatrends können von keinem Staat der Welt allein gestaltet werden. Er wird immer weniger Kontrolle über den Fluss von Waren, Technologien, Informationen, Menschen, Krankheiten, Waffen und Finanzmittel haben. Vielmehr muss die Zusammenarbeit der internationalen Staatengemeinschaft intensiviert und verbessert werden, um den globalen Trends zu begegnen. Außerdem stellt sich die Frage, ob und inwiefern die kulturelle Dimension der Weltpolitik in Erscheinung treten wird. Vor diesen Hintergründen muss die künftige Rolle deutscher und europäischer Außenpolitik im Verhältnis zu den anderen weltpolitischen Akteuren definiert werden.

### **▪ Unser Verhältnis zu anderen Staaten**

Die relative Macht der USA wird sich langfristig verschieben, eine Doppelführung der westlichen Welt durch die USA und die EU wird notwendig werden, auch wenn die militärische Dominanz der USA weiterhin bestehen bleiben wird. Die politische Dimension der Gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik der EU muss auch in der NATO zu einer amerikanisch-europäischen „Partnership in Leadership“ führen. Dafür muss die EU ihre diplomatische und politische „Soft Power“ nachhaltig ausbauen und ihre militärischen Fähigkeiten nachhaltig stärken.

244 Das National Missile Defence-Projekt würde die militärische Macht der USA zu-  
245 sätzlich stärken. Hier muss es unser Ziel sein, in dieser wichtigen Frage zwischen  
246 den USA und Russland zu vermitteln, um langfristig die Perspektive einer ge-  
247 meinsamen, rein defensiven nordamerikanisch-europäischen Raketenabwehr im  
248 Rahmen NATO zusammen mit Russland zu eröffnen. Im wirtschaftlichen Bereich  
249 ist langfristig eine euro-atlantische Freihandelszone anzustreben.

250  
251 Die Partnerschaft zwischen den USA und Europa muss auf eine breitere Basis ge-  
252 stellt werden. Dabei muss die Bundesregierung die Irritationen im deutsch-  
253 amerikanischen Verhältnis schnellstmöglich beseitigen und Aktionen, die das  
254 Verhältnis stören könnten, künftig unterlassen.

255  
256 Die Weigerung der USA, den Internationalen Strafgerichtshof anzuerkennen und  
257 den Atomtestsperrvertrag (Comprehensive Test Ban Treaty) zu ratifizieren, schadet  
258 den gemeinsamen Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft für  
259 Frieden und Sicherheit. Die EU muss gegenüber den USA nachhaltig auf ein Um-  
260 denken drängen. Gleiches gilt für das Kyoto-Protokoll. Das Gedankengebäude ei-  
261 niger amerikanischer Neokonservativer, die USA sollten sich zum „Neuen Rom“  
262 entwickeln, und den daraus abgeleiteten sicherheitspolitischen Unilateralismus,  
263 lehnen wir entschieden ab. Wir setzen auf eine gleichberechtigte Partnerschaft  
264 zwischen den USA und der EU, denn den beschriebenen globalen Herausforde-  
265 rungen kann kein Land der Welt allein begegnen.

266  
267 Ein gutes partnerschaftliches Verhältnis zu Russland ist für uns nach wie vor wich-  
268 tig. Für die EU und insbesondere für Deutschland als Brücke zwischen den USA  
269 und Russland wird das Verhältnis zum östlichen Nachbarn entscheidend davon  
270 abhängen, wie sie ihn in die westliche Sicherheitsarchitektur und in Strukturen  
271 wirtschaftlicher Partnerschaft integrieren können. Dabei ist es wichtig, Russland  
272 als eigenständigen Akteur der Weltpolitik zu respektieren und seine Einflussphä-  
273 re nicht einzuschränken oder zu beschneiden. Besonders im Bereich der Terroris-  
274 musbekämpfung muss im Rahmen einer erneuerten NATO-Russland-Partnerschaft  
275 eine umfassende Zusammenarbeit aufgebaut werden. Allerdings erfordert unsere  
276 Freundschaft mit Russland auch eine Thematisierung des Tschetschenien-  
277 Konflikts.

278  
279 Die wirtschaftliche, politische und militärische Macht Chinas nimmt zu. Dies er-  
280 fordert für uns, die Volksrepublik als wichtigen Global Player zu akzeptieren. Be-  
281 reits heute ist China ein wichtiger Geschäftspartner Europas. Daraus kann eine  
282 politische Partnerschaft erwachsen, in deren Rahmen die EU, wie auch bei Russ-  
283 land, eine wichtige Mittlerrolle zu den USA einnehmen kann. Die chinesische Ge-  
284 sellschaft wird sich langfristig kulturell und politisch öffnen. Es ist unsere Aufga-  
285 be, sie dabei zu unterstützen und beständig auf die Beachtung der Menschen-  
286 rechte zu drängen. Jedoch sind Missionierungsversuche, die zwangsläufig auf Wi-  
287 derstand stoßen müssen, unangebracht. Insbesondere muss der Westen darauf  
288 achten, dass aus dem Öffnungsprozess keine politische Instabilität und damit  
289 einhergehend ein Zerfall des Landes erwächst.

290  
291 In Bezug auf unser Verhältnis zu Japan ist es wichtig, einen Ausgleich in erster Li-  
292 nie zwischen Japan und China zu fördern und die Bedeutung der beiden Länder  
293 als Stabilitätspole im asiatischen Raum zu erkennen. Zu beobachten ist darüber

294 hinaus eine langsam wachsende Bereitschaft Japans zur Übernahme internationa-  
295 ler Verantwortung. Dem sollte durch einen ständigen japanischen Sitz im Sicher-  
296 heitsrat der Vereinten Nationen Rechnung getragen werden. Allerdings muss Eu-  
297 ropa von Japan einen größeren Beitrag an Friedenseinsätzen einfordern.

298  
299 ■ **Krisenherde und Konfliktregionen**

300  
301 Der Nahe Osten ist ein besonderer Krisenherd in der unmittelbaren Nachbar-  
302 schaft Europas, der gravierende Auswirkungen auf die Stabilität und Sicherheit in  
303 der ganzen Welt hat. Es ist wichtig festzustellen, dass es in dieser Gegend bisher  
304 keinen ordnenden und stabilisierenden Akteur gibt. Deshalb müssen die USA und  
305 die EU auch in Zukunft bestrebt sein, in dieser strategisch wichtigen Region rela-  
306 tive Stabilität einkehren zu lassen. Da die USA von der arabischen Seite nicht als  
307 ehrlicher Vermittler angesehen werden, muss die EU ihr Engagement verstärken.  
308 Besonders Deutschland ist aufgefordert, mit seiner guten Reputation in der arabi-  
309 schen Welt als Vermittler in einem multilateralen Rahmen aufzutreten. Dabei  
310 muss jedoch die Souveränität der betreffenden Staaten, besonders im Falle Ägyp-  
311 tens, dessen innere Stabilität essenziell für die Sicherheit in der Region ist, ge-  
312 wahrt bleiben.

313  
314 Dabei ist besonders wichtig, dass Europa eine ausgewogene Politik mit Augen-  
315 maß betreibt und die Interessen aller beteiligten Seiten berücksichtigt. Die Par-  
316 teinahme für eine Seite muss Europa unbedingt unterlassen, um als ehrlicher  
317 Vermittler anerkannt zu werden.

318  
319 Das Nahost-Problem steht in engem Zusammenhang mit dem Verhältnis zwi-  
320 schen dem Westen und der islamischen Welt. Hierbei müssen wir feststellen, dass  
321 der islamische Kulturkreis zerstritten und in vier Teile (arabische Welt, türkisch-  
322 kaukasischer Bereich, südostasiatischer Islam, persischer Islam) zersplittert ist.  
323 Daher gibt es in ihm nur Regionalmächte, jedoch keine allgemein anerkannte  
324 Führungsmacht. Daraus erwächst die Schwierigkeit, dass der Westen keinen kla-  
325 ren Ansprechpartner hat. Deshalb müssen die EU und in besonderem Maße  
326 Deutschland eine flexible Politik gegenüber verschiedenen Regionalmächten auf-  
327 nehmen, um eine umfassende wirtschaftliche und sicherheitspolitische Partner-  
328 schaft zu erreichen. Unser Ziel muss es sein, das Verständnis und den Dialog zwi-  
329 schen den Kulturen dauerhaft zu fördern.

330  
331 Die Lage auf dem afrikanischen Kontinent gestaltet sich weiter schwierig. Die EU  
332 hat eine besondere Verantwortung für die ehemaligen Kolonien ihrer Mitglieds-  
333 staaten. Neben humanitärer Hilfe muss sie politischen Beistand leisten und die  
334 wirtschaftliche Entwicklung durch eine Förderung des Freihandels voranbringen.

335  
336 Die EU muss ein Konzept zur Friedenssicherung auf dem afrikanischen Kontinent  
337 ausarbeiten. In diesem Zusammenhang muss auch grundsätzlich der Einsatz der  
338 Europäischen Schnellen Eingreiftruppe in Betracht kommen. Dabei muss, soweit  
339 möglich, die Partnerschaft mit afrikanischen Staaten und regionalen Organisatio-  
340 nen wie der Afrikanischen Union gesucht werden. Ein Einsatz kommt jedoch nur  
341 dann in Frage, wenn ausreichend Aussicht auf Erfolg besteht.

342  
343 Das NEPAD-Programm (New Partnership for African Development) ist für uns ein

344 wichtiger Schritt zur Bekämpfung von Armut. Wir sehen die Rolle der EU darin, af-  
345 rikanische Staaten bei der Überwindung ihrer Probleme zu unterstützen. NEPAD  
346 bildet eine Grundlage für eine neue, intensive Partnerschaft zwischen Afrika und  
347 den G8-Staaten. Die Förderung der Demokratie und der Prinzipien der „Good Go-  
348 vernance“ sind für uns entscheidend, um ausländische Direktinvestitionen anzulo-  
349 cken und Investitionen in gesellschaftliche Schlüsselsektoren, insbesondere in das  
350 Gesundheits- und Bildungswesen, zu fördern und damit die Voraussetzungen für  
351 Wirtschaftswachstum zu schaffen.

352  
353 Der Kaschmir-Konflikt muss ebenfalls die Aufmerksamkeit Europas finden, da er  
354 sich jederzeit in einen akuten Krieg entwickeln kann, der aufgrund des nuklearen  
355 Arsenal Indiens und Pakistans zu einer Krise weltpolitischen Ausmaßes werden  
356 könnte. Deshalb ist es für die USA, die EU, Russland und China von vitalem Inte-  
357 resse, eine Eskalation des Kaschmir-Konflikts zu verhindern. Dabei sollte länger-  
358 fristig eine Internationalisierung des Konflikts und eventuell sogar ein Vermitt-  
359 lungsprozess durch die EU angedacht werden.

#### 360 361 ■ **Die Rolle der Europäischen Union**

362  
363 Die EU wird als internationaler Akteur immer wichtiger. Eine vertiefte und erwei-  
364 terte EU wird über ein starkes internationales Gewicht verfügen, das sie durch  
365 diplomatisches Auftreten und gemeinsame Positionen nutzen kann. Dabei muss  
366 in der Außenpolitik ein funktionierendes Miteinander der Gemeinschaftsorgane  
367 und der Nationalstaaten gewährleistet sein.

368  
369 Die wirtschaftliche Macht der Europäischen Union ist unumstritten, doch ihre po-  
370 litische und militärische Macht ist im Verhältnis dazu noch stark unterentwickelt.  
371 Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Europäische Sicherheits-  
372 und Verteidigungspolitik bieten hier Chancen, die es zu nutzen gilt. Dennoch wer-  
373 den wesentliche außenpolitische Kompetenzen der Nationalstaaten bestehen  
374 bleiben. Gerade darin, dass sie eine flexible Außenpolitik betreiben kann, besteht  
375 die Stärke der Europäischen Union. Dafür muss sie zwar nicht immer mit einer  
376 Stimme, aber immer abgestimmt sprechen. Die GASP muss institutionell durch  
377 einen starken europäischen Außenminister und den weitgehenden Übergang auf  
378 das Prinzip der Mehrheitsentscheidung gestärkt werden.

379  
380 Die militärische Zusammenarbeit muss durch eine volle Integration der WEU in  
381 die EU verstärkt werden. Die Europäische Schnelle Eingreiftruppe wird einen we-  
382 sentlichen Beitrag dazu leisten. Doch müssen wir auch anerkennen, dass Landes-  
383 verteidigung mittlerweile zur Verteidigung der Union, in der Regel im Rahmen der  
384 NATO geworden ist. Daher muss langfristig die Fortentwicklung einer umfassen-  
385 den Europäischen Verteidigungskomponente – gerade auch als Beitrag zur NATO  
386 – vorangetrieben werden. Gerade in der Rüstungspolitik ist die europäische Zu-  
387 sammenarbeit sehr wichtig und muss in Zukunft weiter verstärkt werden. Pooling  
388 und Rollenspezialisierung werden in Zukunft stärker als bisher gefragt sein.

389  
390 Eine unmittelbare Notwendigkeit für die EU ist es, ihre Einflussosphäre zu definie-  
391 ren, um in ihr ordnend und stabilisierend wirken zu können. Dabei muss sie auf  
392 politische, kulturelle und historische Verhältnisse Bezug nehmen. Neben dem  
393 Balkan gehören der Nahen Osten und die zahlreiche Staaten auf dem amerikani-

394 schen Kontinent zur europäischen Einflussosphäre. Hier muss die EU ein verstärk-  
395 tes Engagement an den Tag legen und insgesamt eine einheitliche Politik  
396 ausarbeiten.

397  
398 Für eine gemeinsame Politik muss die EU jedoch auch bei künftigen Erweiterun-  
399 gen darauf achten, durch zunehmende Heterogenität nicht handlungsunfähig zu  
400 werden. Eine Aufnahme der Türkei lehnen wir daher ab. Stattdessen muss die EU  
401 der Türkei eine neue Form der privilegierten Sonderpartnerschaft auf wirtschaftli-  
402 chem, außenpolitischem und militärischem Gebiet unterhalb der Vollmitglied-  
403 schaft anbieten. Den Reformprozess in der Türkei muss die EU tatkräftig unter-  
404 stützen.

405  
406 Um ihren potenziellen weltpolitischen Einfluss effektiv zu nutzen, muss die EU im  
407 Weltsicherheitsrat mit einer Stimme sprechen. Ein gemeinsamer EU-Sitz oder ei-  
408 ne Übertragung des französischen und des britischen Sitzes auf die EU wäre zwar  
409 wünschenswert, ist aber auf absehbare Zeit nicht realisierbar. Stattdessen muss  
410 dem weltpolitischen Gewicht Deutschlands als größtem EU-Mitgliedsstaat mit ei-  
411 nem ständigen Sitz Rechnung getragen werden. Die im Sicherheitsrat vertretenen  
412 EU-Partner müssen ihre Positionen besser untereinander und mit der Europäi-  
413 schen Kommission abstimmen, um dort die GASP erkennbar zu verwirklichen.

#### 414 415 ■ **Multilaterale Organisationen**

416  
417 Die Reform der Vereinten Nationen muss endlich Wirklichkeit werden, um die  
418 UNO von ihren Organisationsstrukturen aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg  
419 zu befreien. Dabei muss eine repräsentativere Verteilung der Sitze im Weltsicher-  
420 heitsrat erfolgen. Durch den Übergang auf Mehrheitsentscheidungen und den  
421 daraus resultierenden Verzicht auf das Veto-Recht der ständigen Mitglieder wird  
422 deren Erweiterung möglich. Insgesamt soll der Sicherheitsrat künftig aus acht  
423 ständigen Mitgliedern (China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien,  
424 Japan, Russland, USA) und 17 nichtständigen Mitgliedern bestehen. Ein gemein-  
425 samer EU-Sitz muss dabei langfristig angedacht werden. Darüber hinaus soll der  
426 in Artikel 47 der UN-Charta vorgesehene Generalstabsausschuss eingerichtet  
427 werden.

428  
429 Der Wirtschafts- und Sozialrat (Ecosoc) soll auf ebenfalls 25 Mitglieder verkleinert  
430 werden. Zu den beiden Räten soll ein Menschenrechtsrat mit 25 Mitgliedern tre-  
431 ten, der die bisherige Menschenrechtskommission des Ecosoc ersetzt. Er soll Be-  
432 schwerden über schwere Menschenrechtsverletzungen in UN-Mitgliedsstaaten  
433 behandeln und gegebenenfalls an den Sicherheitsrat überweisen können, damit  
434 der Sicherheitsrat gegebenenfalls über eine Bedrohung des Friedens nach Kapitel  
435 VI oder VII des UN-Charta entscheiden und eingreifen kann. Damit würde für Situ-  
436 ationen wie die Kosovo-Krise 1999 ein klarer Mechanismus geschaffen. In das Pe-  
437 titionssystem des Menschenrechtsrats sollen auch NGOs einbezogen werden. Zu-  
438 dem sollen die Ausschüsse der Generalversammlung abgeschafft werden, um die  
439 Kompetenzverteilung übersichtlicher zu gestalten.

440  
441 Das vom ehemaligen UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali vorgeschlagene  
442 Truppenkontingent für „Peace Enforcement“-Einsätze muss endlich aufgestellt  
443 werden. Mit diesen von den UN-Mitgliedsstaaten bereitgestellten Einheiten kann

444 der Sicherheitsrat auf Antrag des Generalsekretärs auf Krisen schnell und wir-  
445 kungsvoll reagieren.

446  
447 Die NATO muss ein wichtiger Pfeiler deutscher und europäischer Außenpolitik  
448 bleiben. Allerdings muss auch die NATO ihre Strukturen den neuen Gegebenhei-  
449 ten anpassen. Dazu gehört auch eine Neuorganisation der Entscheidungsverfahren  
450 mit einem Übergang zum Prinzip der Mehrheitsentscheidung bei der Führung  
451 von Operationen und ihrer logistischen und technischen Unterstützung. Die Ko-  
452 operation mit Russland muss weiter intensiviert werden. Hierfür bietet der NATO-  
453 Russland-Rat ein brauchbares Forum. Die Partnership for Peace muss in Zukunft  
454 intensiver genutzt werden, um Staaten, die nicht Mitglied werden können oder  
455 wollen, eine weitreichende Partnerschaft anbieten zu können. An der neuen NATO  
456 Response Force muss sich Deutschland angemessen beteiligen. Allerdings sollte  
457 Deutschland darauf drängen, dass Einsätze der NRF grundsätzlich durch ein UN-  
458 Mandat legitimiert werden.

459  
460 Die Zusammenarbeit zwischen den multilateralen Organisationen muss intensi-  
461 viert und Doppelstrukturen abgebaut werden. In diesem Zusammenhang sollte  
462 Deutschland die Debatte um eine Zusammenführung von OSZE und Europarat an-  
463 stoßen.

#### 464 ■ **Zivilgesellschaft**

465  
466 Die Außenpolitik wird in zunehmendem Maße von Akteuren der Zivilgesellschaft  
467 mitbestimmt. Insbesondere NGOs spielen bei zahlreichen Meinungsbildungs- und  
468 Entscheidungsprozessen eine immer wichtigere Rolle. Die deutsche Außenpolitik  
469 muss die Arbeit von NGOs unterstützen, aber zugleich darauf achten, dass die au-  
470 ßenpolitische Diskussion nicht ins Eindimensionale abgleitet. Insbesondere soll  
471 die Bundesregierung nur solche NGOs fördern, die nach den Prinzipien von De-  
472 mokratie und Transparenz organisiert sind.

### 474 475 **Deutsche Außenpolitik im 21. Jahrhundert**

476  
477 Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU kann viele Aufgaben erfüllen,  
478 die für die nationale Außenpolitik zu groß sind. Jedoch wird auch in Zukunft die deut-  
479 sche Außenpolitik eine wichtige Funktion innehaben, da Deutschland als größtes  
480 Land Europas die GASP wesentlich mitgestalten und darüber hinaus seine eigene  
481 Verantwortung für Sicherheit und Stabilität in der Welt wahrnehmen muss. Deshalb  
482 tritt die Junge Union Bayern für eine Definition strategischer Leitlinien in der Außen-  
483 politik ein, an denen sich die deutsche Außenpolitik orientieren muss. Dies bedingt  
484 die Abkehr von der situationsgebundenen, katastrophenorientierten Flickschusterei  
485 hin zu einer langfristigen, strategisch ausgerichteten und konzeptionell fundierten  
486 Außenpolitik. Vor allem muss ein vordergründiges Ziel deutscher Außenpolitik sein,  
487 die Entwicklung der Demokratie weltweit zu fördern. In diesem Rahmen haben fol-  
488 gende Ziele für uns eine herausragende Bedeutung:

#### 489 490 491 • **Förderung und Weiterentwicklung des Völkerrechts**

492  
493 Unser Ziel muss es sein, das Völkerrecht und vorhandene internationale Struktu-

494 ren zu stärken. Die Verrechtlichung der Außenpolitik im multilateralen Kontext  
495 muss eine absolute Priorität der deutschen Außenpolitik sein. Der Internationale  
496 Strafgerichtshof ist eine wichtige Neuerung zur Stärkung des Rechts in den inter-  
497 nationalen Beziehungen. Die Bundesrepublik muss weiterhin für die Entwicklung  
498 der internationalen Gerichtsbarkeit arbeiten und zusammen mit unseren europäi-  
499 schen Partnern eine Aushöhlung der Autorität des Internationalen Strafgerichts-  
500 hofes verhindern. Gleichzeitig muss das Völkerrecht an die Erfordernisse ange-  
501 passt werden, die sich aus den neuen Bedrohungsformen ergeben. Die Reaktion  
502 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen auf die terroristischen Anschläge  
503 vom 11. September 2001 zeigt die Anpassungsfähigkeit des Völkerrechts in einem  
504 Teilbereich. So ist inzwischen unstrittig, dass sich das Selbstverteidigungsrecht  
505 aus Art. 51 der UN-Charta nicht nur gegen Angriffe anderer Staaten, sondern auch  
506 terroristischer Gruppierungen richtet. Diese Selbstverteidigung ist auch auf dem  
507 Boden von Staaten zulässig, die – wie im Falle Afghanistans – selbst nicht in der  
508 Lage oder gewillt sind, gegen terroristische Gruppierungen, von denen eine plau-  
509 sible Gefahr für den Staats ausgeht, der sich auf das Selbstverteidigungsrecht be-  
510 ruft, auf ihrem eigenen Boden vorzugehen. Darüber hinaus ist es jedoch erforder-  
511 lich, die Definition einer Aggression eindeutig zu klären, um angesichts der neuen  
512 Bedrohungsszenarien durch die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und  
513 die neue Dimension des transnationalen Terrorismus völkerrechtlich zulässige  
514 Präemptivschläge von Präventivschlägen abzugrenzen.

#### 515 ■ **Nachhaltige Wirtschafts- und Entwicklungspolitik**

516  
517  
518 Besonderes Augenmerk muss die Bundesregierung auf die Wahrung deutscher  
519 Wirtschaftsinteressen im Ausland legen. Hierzu muss das Instrumentarium der  
520 Außenwirtschaftsförderung reformiert und effizienter zum Einsatz gebracht wer-  
521 den. Maßstab ist dabei der Erhalt bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen in  
522 Deutschland.

523  
524 Ebenso muss sich die Bundesrepublik künftig noch mehr für die Entwicklung ei-  
525 ner sozialen und ökologisch verträglichen Marktwirtschaft in der Welt einsetzen.  
526 Deutschland und die EU müssen den Rio-Prozess anführen und Druck auf die USA  
527 ausüben, ihn konstruktiv zu begleiten. Des Weiteren muss sich die Bundesrepu-  
528 blik für die Reform und den Ausbau des wirtschaftlichen Regelwerks einsetzen,  
529 das internationale Organisationen und Verträge in den Bereichen Welthandel, In-  
530 vestitionsschutz und Patentschutz umfasst. Deutschland muss sich im Rahmen  
531 der Doha-Runde der WTO und bilateral gegenüber anderen Staaten für einen Ab-  
532 bau von Handelsbarrieren und damit für eine Stärkung des Freihandels einsetzen.

533  
534 Im Rahmen der internationalen Finanz- und Entwicklungspolitik muss Deutsch-  
535 land verstärkt auf politische und wirtschaftliche Reformen in den Empfängerlän-  
536 dern drängen und klare Anforderungen stellen. Demokratische, rechtsstaatliche  
537 und marktwirtschaftliche Ansätze und insbesondere die Prinzipien der „Good Go-  
538 vernance“ müssen die Voraussetzung für die Gewährung deutscher und europäi-  
539 scher Wirtschaftshilfe und für einen eventuellen Schuldenerlass sein. Zusätzlich  
540 sollte die Bundesregierung in der Entwicklungspolitik die Einrichtung von „Enter-  
541 prise Funds“, die nach amerikanischem Vorbild staatliche Entwicklungszusam-  
542 menarbeit mit professionellem Management verbinden, ins Auge fassen.

543

544 Die Junge Union Bayern fordert, dass die Bundesregierung auf eine effektive in-  
545 ternationale Anti-Drogen-Politik drängt. Ein wesentliches Kriterium für die Verga-  
546 be von Entwicklungshilfe muss die Bereitschaft des Empfängerlandes zur Be-  
547 kämpfung der Drogenproduktion und des Drogenhandels sein. Vor allem bei der  
548 Bekämpfung des internationalen Drogenhandels muss sich Deutschland für eine  
549 verbesserte weltweite polizeiliche Zusammenarbeit einsetzen.

550  
551 ■ **Solidarische und ergebnisorientierte humanitäre Hilfe**

552  
553 Im Bereich der humanitären Hilfe muss Deutschland sein Engagement verstärken  
554 und die Bundeswehr und den Bundesgrenzschutz besser ausstatten, um diese  
555 Aufgaben effizienter und schneller wahrnehmen zu können. Da Deutschland nicht  
556 alles Elend dieser Welt alleine beseitigen kann, wird es dabei immer darum ge-  
557 hen, deutsche Helfer und Ressourcen dort einzusetzen, wo am effizientesten mit  
558 Aussicht auf Erfolg geholfen werden kann.

559  
560 ■ **Stärkung der kulturellen Dimension der deutschen Außenpolitik**

561  
562 Zur kulturellen Zusammenarbeit gehört auch eine Förderung deutscher und euro-  
563 päischer Kultur. Die Etatkürzungen der Goethe-Institute müssen unbedingt zu-  
564 rückgenommen werden. Die politischen und unabhängigen Stiftungen sind eben-  
565 falls ein gutes Instrument für kulturelle und Entwicklungszusammenarbeit, da sie  
566 demokratisches Verständnis schaffen und den kulturellen Dialog fördern.

567  
568 ■ **Schlüssige Sicherheitspolitik**

569  
570 Deutschlands vorrangiges nationales Interesse ist die Förderung von Frieden und  
571 Sicherheit in der Welt. Die Bundesrepublik muss sich in Zukunft weiterhin für  
572 Friedensschaffung und Friedenssicherung einsetzen. Dazu muss die Bundeswehr  
573 endlich finanziell gestärkt werden und personell und materiell ausreichend aus-  
574 gestattet sein, um mehrere Einsätze gleichzeitig bewältigen und zugleich ihre  
575 Aufgaben in der Landes- und Bündnisverteidigung erfüllen zu können. Dazu ge-  
576 hört die Realisierung dringend notwendiger Rüstungsvorhaben. Die deutsche  
577 Rüstungspolitik muss sich stärker an der Bündnistreue orientieren. Es darf nicht  
578 sein, dass NATO-Partnern Rüstungsexporte verweigert werden!

579  
580 Die Bundesrepublik trägt eine Verantwortung für die Rüstungskontrolle. Sie muss  
581 sich entschieden für die Nonproliferation von Massenvernichtungswaffen und für  
582 die Ächtung von Antipersonenminen einsetzen. Dies zählt zu einer langfristig an-  
583 gelegten Politik der Konfliktverhütung. Diese darf sich jedoch nicht nur auf den  
584 Bereich innerhalb der öffentlichen Wahrnehmung beschränken. Die Bundesregie-  
585 rung darf ihre Bemühungen nicht erst auf Krisenherde konzentrieren, wenn ein  
586 Konflikt offen ausgebrochen ist, und sie darf Kriege und Konflikte nicht ignorie-  
587 ren, weil die Medien nicht darüber berichten! Der blutige Krieg zwischen Äthio-  
588 pien und Eritrea kann als ein Beispiel für diese kurzsichtige und unverantwortli-  
589 che Politik gelten. Deutschland trägt eine direkte Verantwortung für die Einfluss-  
590 sphäre Europas und muss sich dort für den Frieden engagieren. Doch auch in an-  
591 deren Regionen muss die Bundesrepublik ihre Entwicklungszusammenarbeit am  
592 Ziel von Frieden und Stabilität ausrichten und ihre diplomatischen Beziehungen  
593 zu den betreffenden Ländern entsprechend gestalten. Dabei sind Vermittlungs-

594 angebote zwischen verfeindeten Ländern und Parteien ein denkbares Mittel,  
595 doch muss sich auch die Wirtschafts- und Rüstungspolitik an diesen Zielen aus-  
596 richten.

597

598 Wir begrüßen friedensschaffende und friedenssichernde Auslandseinsätze der  
599 Bundeswehr ausdrücklich. Allerdings muss die Bundesregierung klare Prioritäten  
600 setzen, nach denen sie Auslandseinsätze durchführt. Insbesondere muss bei je-  
601 dem Einsatz neben einer angemessenen Ausbildung und Ausstattung eine klare  
602 politische Zielvorgabe und eine Exit Strategy erarbeitet werden. Der Sinn und  
603 Zweck eines Auslandseinsatzes muss von Anfang an feststehen und sich an den  
604 strategischen Leitlinien der deutschen Außenpolitik orientieren. Ein Einsatz im  
605 Bündnis ist ein wichtiger Grund für eine deutsche Beteiligung, kann allerdings  
606 nicht der einzige sein.

607

#### 608 ■ **Kooperative Bündnispolitik an der Seite der USA und unserer europäischen** 609 **Partner**

610

611 Die Bundesrepublik muss sich auch in internationalen Organisationen wie in den  
612 Vereinten Nationen, der OSZE und dem Europarat für eine effektive Friedensför-  
613 derungspolitik einsetzen und dabei eine objektive und sachorientierte Sicht ver-  
614 treten. Eine Instrumentalisierung internationaler Organisationen oder Konferen-  
615 zen für politische Interessen, wie geschehen bei der UN-Antirassismuskonferenz  
616 von Durban 2001, muss die Bundesrepublik dagegen deutlich missbilligen.

617

618 Im Verhältnis zu den USA muss die Bundesregierung das Vertrauen, das sie zer-  
619 stört hat, wieder herstellen und die freundschaftlichen Beziehungen wieder auf-  
620 nehmen. Es darf nicht passieren, dass eine deutsche Bundesregierung aus wahl-  
621 taktischen Gründen antiamerikanische Töne anschlägt! Außenpolitische Mei-  
622 nungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen dürfen nicht auf den Markt-  
623 plätzen ausgetragen werden, sondern müssen im diplomatischen Dialog abge-  
624 klärt werden. Auf diesem Weg könnte die Bundesregierung auch die Möglichkeit  
625 zur Mitsprache im transatlantischen Verhältnis wieder erlangen, die sie sich  
626 selbst genommen hat. Wir dürfen niemals mehr in eine Lage geraten, in der wir  
627 uns zwischen der deutsch-französischen und der deutsch-amerikanischen Freund-  
628 schaft entscheiden müssen. Deutschland muss seiner Mittlerrolle im atlantischen  
629 Bündnis gerecht werden und für den Ausgleich zwischen der europäischen Eini-  
630 gung und der atlantischen Partnerschaft stehen!

631

#### 632 ■ **Deutsche Außenpolitik im europäischen Kontext**

633

634 Doch auch innerhalb der Europäischen Union muss die Bundesrepublik Renationa-  
635 lisierungstendenzen der außenpolitischen Entscheidungen zurückweisen und auf  
636 eine Verwirklichung der GASP drängen. Ebenso muss Deutschland ein Anwalt für  
637 eine Diskussion über die künftigen Grenzen der EU fördern und für angrenzende  
638 Staaten eine umfassende Partnerschaft mit der EU ausarbeiten. Neben der GASP  
639 muss die Bundesrepublik bilaterale Beziehungen zu wichtigen Staaten, Staaten-  
640 gruppen und Weltregionen halten und auch zur Betreuung der eigenen Staats-  
641 bürger ein hinreichendes Netz an Auslandsvertretungen gewährleisten. Trotzdem  
642 sollte langfristig überlegt werden, wie im europäischen Rahmen die diplomati-  
643 schen Strukturen effektiver gestaltet werden können.

644  
645  
646  
647  
648  
649  
650  
651  
652  
653  
654  
655  
656  
657  
658  
659  
660  
661  
662  
663  
664  
665  
666  
667  
668  
669  
670  
671  
672  
673

Um eine wirkungsvolle Außenpolitik im europäischen Rahmen zu gewährleisten, müssen wir die Institutionen unserer Außenpolitik finanziell und ideell in ausreichendem Maße unterstützen. Dazu zählen insbesondere eine deutliche Anhebung des Wehretats und die zügige technologische Erneuerung der Bundeswehr. Im Bereich der Infrastruktur- und der Rüstungspolitik muss sich die Bundesregierung für weitere Intensivierung der europäischen Partnerschaft einsetzen. Die Entwicklung des europäischen Satellitennavigationssystems Galileo muss deshalb entschlossen vorangetrieben werden und ein Beispiel für weitere europäische Gemeinschaftsprojekte im Infrastrukturbereich sein.

### **Wir übernehmen Verantwortung für die Welt von morgen!**

Deutsche und europäische Außenpolitik muss eine effektive Mischung aus wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen Mitteln darstellen. Ideologische Scheuklappen sind nicht angebracht. Wir müssen uns unserer seit dem Ende des Kalten Kriegs gewachsenen Verantwortung stellen. Dies erfordert den Mut, die dafür notwendigen Institutionen zu reformieren und ausreichend auszustatten. Die Junge Union Bayern setzt sich als Vertreterin einer Generation, die in der Welt von morgen lebt, für eine zukunftsfähige Bundeswehr ein, die ihre Aufgaben optimal wahrnehmen kann. Sie plädiert für eine konsequente Umsetzung der GASP und der ESVP. Und sie fordert, die deutsche Außenpolitik an klaren Kriterien, nämlich an ihren strategischen Leitlinien und nationalen Interessen, auszurichten. Deutschlands erstes außenpolitisches Interesse ist der Frieden! Dafür muss sich die deutsche Außenpolitik konsequent einsetzen! Denn wenn Deutschland und Europa ihre weltpolitische Rolle verantwortungsvoll wahrnehmen, können sie einen wichtigen Beitrag für die Welt von morgen leisten. Dafür lohnt es sich zu arbeiten.

673  
674  
675  
676  
677  
678  
679  
680  
681  
682  
683  
684  
685  
686  
687  
688  
689  
690  
691  
692  
693  
694  
695  
696  
697  
698  
699  
700  
701  
702  
703  
704  
705  
706  
707  
708  
709  
710  
711  
712  
713  
714  
715  
716  
717  
718  
719  
720  
721

## Glossar

Asymmetrische Kriegführung	Angriff eines wesentlich schwächeren Staates oder nichtstaatlichen Akteurs auf einen stärkeren Staat mit nichtkonventionellen Mitteln
CTBT	Comprehensive Test Ban Treaty, Vertrag zum Verbot von Atomwaffentests, Beitritt der USA vom US-Senat und der Bush-Administration abgelehnt
Cyberwar	Elektronische Kriegführung, z.B. durch Computerviren
Ecosoc	Wirtschafts- und Sozialrat der UNO
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
Exit Strategy	Strategie zur Beendigung eines militärischen Auslandseinsatzes
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union
Good Governance	Prinzipien der guten Regierungsführung, z.B. Korruptionsbekämpfung, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung etc.
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof zur grundsätzlich weltweiten Verfolgung von Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und u.U. Angriffskrieg, Anerkennung der Gerichtsbarkeit von den USA abgelehnt
Kyoto-Protokoll	Übereinkommen zur Senkung der CO2-Emissionen, Beitritt der USA von der Bush-Administration abgelehnt, entstanden aus den Klimakonferenzen von Rio, Kyoto und Bonn
Massenvernichtungswaffen	Nukleare, biologische und chemische sowie hochexplosive Kampfstoffe mit verheerender Wirkung
Menschenrechtskommission	Kommission des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO
National Missile Defense	Projekt der US-Regierung eines Raketenabwehrsystems
NEPAD	New Partnership for Africa Development, Programm zur Förderung der Entwicklung afrikanischer Staaten
NGOs	Non-Governmental Organisations (Nichtregierungsorganisationen)
Nonproliferation	Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen
Partnership for Peace	Partnerprogramm der NATO mit Nichtmitgliedsstaaten
Peace Enforcement	Einsätze zur gewaltsamen Friedensschaffung
Peace Keeping	Friedenssichernde Einsätze durch Friedenstruppen
Peace Making	Friedensschaffende Einsätze durch Friedenstruppen
Pooling	hier: gemeinsame Beschaffung und / oder Nutzung von teurer Verteidigungstechnik
Präemptivschlag	gewaltsamer militärischer Schlag, um eine unmittelbar drohende Gefährdung vitaler Interessen eines

722		Staates abzuwehren (ein Angriff steht also bereits
723		unmittelbar bevor; engl. to preempt = zuvorkommen)
724	<b>Präventivschlag</b>	gewaltsamer militärischer Schlag, um eine mittelbar
725		drohende Gefährdung vitaler Interessen eines Staa-
726		tes abzuwehren (ein Angriff steht also nicht unmit-
727		telbar bevor; engl. to prevent = vorbeugen)
728	<b>Schurkenstaaten</b>	sog. „Rogue states“, Staaten mit potenziell aggressi-
729		ver politischer Führung
730	<b>Scientific Divide</b>	Problem der ungleichen Verteilung von Wissen zwi-
731		schen Industrie- und Entwicklungsländern
732	<b>Soft Power</b>	Faktoren „weicher“ Macht, z.B. diplomatische Fähig-
733		keiten, Ansehen, kulturelles Verständnis
734	<b>Sorgenstaaten</b>	sog. „Failed states“, Staaten ohne funktionierenden
735		Staatsapparat